

Regierung hält nichts von HarmoS-Austritt

SINA BÜHLER

KANTON ST. GALLEN. Eine Mehrheit der St. Galler stimmte für den Beitritt zu HarmoS. Eine Initiative will jedoch, dass der Kanton das Konkordat wieder verlässt. Die Vorlage kommt nun in den Kantonsrat.

Selten wird der Kantönligeist so gut spürbar, wie bei Diskussionen um Schule und Bildung. Deshalb war es von Beginn weg klar, dass HarmoS, die interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der Volksschule, auf Widerstand stossen würde.

HarmoS wurde trotzdem eingeführt und bis heute sind dem Konkordat 15 Kantone beigetreten. So auch der Kanton St. Gallen. 52,8 Prozent der Stimmbürger sprachen sich im November 2008 dafür aus. Die Kritiker blieben aktiv und möchten jetzt den Kanton per Volksentscheid dazu bringen, wieder aus dem «gescheiterten Konkordat» auszutreten. Vor einem Jahr reichten sie eine entsprechende Einzelinitiative ein. Ende April kommt die Vorlage in den Kantonsrat. Die St. Galler Regierung empfiehlt, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen.

Vorschriften selber erlassen

Die Bundesverfassung verpflichte die Kantone, gemeinsam für die Qualität und Durchlässigkeit der Bildung in der Schweiz zu sorgen. Gelingt dies nicht, werde der Bund die notwendigen Vorschriften selber erlassen. «Mit dem Austritt würde ein Signal gegen die kantonale Schulhoheit und gegen den Föderalismus gesetzt: Gelingt die Erfüllung des verfassungsmässigen Auftrags zur interkantonalen Koordination nicht oder wird sie rückgängig gemacht, droht eidgenössisches Schulrecht», schreibt sie in ihrem Bericht zur Initiative. Sie meint, dies würde das Ansinnen der Initianten, die Selbstbestimmung in Schulfragen, sogar ins Gegenteil umkehren: Kantone und Gemeinden würden geschwächt, die Bürgernähe der Schule würde preisgegeben.

Verein setzt auf Austritt

Bei der Initiative geht es im Grunde um den Lehrplan 21. Eins der Hauptargumente der Initianten ist nämlich ein Primarschullehrplan mit einer einzigen Fremdsprache. Eine zweite Initiative des Vereins, die genau dies verlangte, wurde vom St. Galler Verwaltungsgericht aber für ungültig erklärt – unter anderem, weil sie HarmoS widerspreche. Deswegen setzt der Verein nun auf einen Austritt, um dieses Ansinnen trotzdem durchsetzen zu können. Die St. Galler Regierung ist jedoch der Ansicht, das Urteil impliziere, dass sei auch ohne HarmoS nicht möglich. So ist auch noch unklar, ob der Kanton Thurgau, der kürzlich beschloss, den Französischunterricht an der Primarschule abzuschaffen, nicht noch vom Bund zurückgepfiffen wird.

Die Regierung hat den Abstimmungstermin noch nicht festgelegt, es ist aber wahrscheinlich, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger im September dieses Jahres dazu befragt werden.